

# Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim März, 28. Jahrg.

## 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland

Der 8. März ist in einigen Staaten ein Feiertag, z.B. in Russland, Nepal, Burkina Faso; ab diesem Jahr auch in Berlin. Als Tag, Gleichberechtigung und Gleichstellung einzufordern, bleibt er aktuell. Denn hinter jeder aufgeführten Jahreszahl stehen viele Aktionen von Frauen und Männern.

Die unvollständige Zeitleiste zeigt, wann einige Staaten das aktive Frauenwahlrecht (Recht zu wählen) auf nationaler Ebene eingeführt haben. Die Einführung des passiven Wahlrechts (gewählt zu werden) erfolgte oft später. Aber selbst nach Einführung des passiven Wahlrechts dauerte es oft Jahrzehnte bis Frauen tatsächlich gewählt wurden.



Plakat: wahrscheinlich aus dem Jahr 1911; Quelle: wikipedia, gemeinfrei

- 1893 - Neuseeland
- 1902 - Australien
- 1913 - Norwegen
- 1917 - Russland
- 1918/1919 - Deutschland, Polen, Georgien, Kanada, Rhodesien
- 1931 - Spanien
- 1921 - 8. März Internationaler Frauentag der Arbeiterbewegung
- 1934 - Türkei
- 1945 - Vietnam
- 1953 - Syrien
- 1960 - Zypern
- 1971 - Schweiz
- 1975 - 8. März Internationaler Frauentag durch Vereinte Nationen
- 1994 - Südafrika
- 2006 - Vereinigte Arabische Emirate



Initiatorin des Frauentages war – gemeinsam mit Käthe Duncker – Clara Zetkin (Foto). Der erste internationale Frauentag im deutschen Kaiserreich fand am 19. März 2011 statt und galt als wichtiger Schritt auf dem Weg zum Frauenwahlrecht.



## In dieser Ausgabe

**Neue Klassenpolitik**  
Bernd Rixinger, Bundesvorsitzender der LINKEN, war in Bernau zu Gast. .... **2**

**Neue Kita in der Eberswalder Innenstadt?**  
LINKE bevorzugt Erbbaupacht statt Grundstücksverkauf. .... **3**

**Kosten der Unterkunft**  
LINKE will im Barnim ein Moratorium für die Kosten der Unterkunft. .... **3**

**Frieden, Freiheit, Kinder**  
Politik der LINKEN in Brandenburg - Ein Gespräch mit Sebastian Walter, Isabelle Czok-Alm und Ralf Christoffers – die Direktkandidaten der Barnimer LINKEN für den Landtag. .... **4/5**

**Bedingungsloses Grundeinkommen – wie geht das?**  
Ronald Blaschke gründete die Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen bei der LINKEN mit. Er war zu Gast beim Panketaler Gespräch. .... **6**

**Schülerverkehr im Barnim und Tafelsilber in Eberswalde**  
Was kann der Kreis leisten – was die Kreisstadt? Zwei Themen, zwei Bereiche. .... **7**

**Das ist die Zukunft**  
OW-Reporter mit dem neuen Brennstoffzellenzug zwischen Berlin und Basdorf unterwegs.. **7**

## Quotierung in Brandenburg ab 2024

LINKE, SPD und Grüne beschließen Parité-Gesetz

OW-Beitrag/bc

Das Parité-Gesetz beschloss der Brandenburger Landtag Ende Januar. Danach müssen die Parteien bei Landtagswahlen ab 2024 gleich viele Frauen und Männer als Kandidaten aufzustellen. Damit wagt die Rot-Rote Landesregierung erneut einen Vorstoß in rechtlich unbekanntes Gelände. Denn ein solches Gesetz ist bundesweit bisher einmalig. „In der LINKEN gibt es generell eine 50-Prozent-Quotierung – für Parteiämter, aber auch für die Wahllisten zum Land- und Bundestag und Europaparlament. Bereits in der PDS war das gut gelebte Praxis.“, erklärte Landesvorsitzende Anja Mayer. Auf die Frage nach dem Effekt dieser Quotierung sagte Mayer: „Es gibt einen Spruch: Frauen werden von Frauen gewählt. Es gelingt

dadurch also nicht nur, gezielt Frauen als Wählerinnen anzusprechen, sondern es motiviert Frauen auch sich einzumischen, aktiv bei uns in der LINKEN mitzuarbeiten und auch selbst für Ämter oder Mandate zu kandidieren.“

Dass auch nach 100 Jahren Frauenwahlrecht in Deutschland noch was getan werden muss, beweisen die Zahlen: Im aktuellen Bundestag sind von den 709 Abgeordneten 218 weiblich, das sind 30,7 Prozent, in der vorhergehenden Wahlperiode waren es schon einmal 37,3 Prozent. Vor allem für CDU, FDP und AfD sitzen bis zu 80 Prozent Männer in den Fraktionen. Deutschland belegt damit mit seinem Frauenanteil im Bundestag innerhalb der Europäischen Union Platz 13 von 28 Staaten. Von einer Widerspiegelung des Frauenanteils von 50,7 Prozent

an der Gesamtbevölkerung kann damit noch lange keine Rede sein. Gegen das Parité-Gesetz haben im Potsdamer Landtag CDU und AfD gestimmt. Kein Wunder: Der Frauenanteil liegt in beiden Fraktionen bei 23 Prozent.

Kritiker meinen, dass Männer nun diskriminiert werden würden, es Eingriffe in das freie Wahlrecht gäbe und eine Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechtes erfolge. – Und das Wort Kritiker kann man durchaus in der männlichen Form stehen lassen, denn das sind sie zu fast 100 Prozent. Und so ist zu erwarten, dass sich das Landesverfassungsgericht damit auseinandersetzen muss. Egal, wie ein solcher Rechtsstreit ausgehen würde – die Diskussion um die Quotierung ermutigt vielleicht Frauen, sich um ein Mandat zu bewerben.



**Mitmachen!**

<https://www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden>

## Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,  
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,  
BIC: WELADEDIGZE;  
Verwendungszweck: Spende OW.  
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

## Seminare

Seit Februar 2019 bietet das kommunalpolitische Forum Brandenburg e.V. für künftige Kommunalpolitiker Seminare an. Beim letzten Seminar wird es um Gesetzliche Grundlagen zum Baurecht sowie um den Weg vom Flächennutzungsplan zum B-Plan und die Verantwortung der Kommunalpolitik dabei gehen.

Termine: **5. April**, 18 bis 20 Uhr, **6. April**, 9 bis 15 Uhr, Gasthof „Zur alten Eiche“, August-Bebel-Str. 5, Biesenthal. **Anmeldungen** bitte bis 30. März unter Tel.: 03334-385488 oder per Mail: kf-barnim@gmx.de. Die Teilnahme ist **kostenlos**.

## Linker Stammtisch

DIE LINKE Panketal lädt zu ihrem traditionellen monatlichen Stammtisch in Leo's Restauration (Weinkeller) in Zepernick, Schönower Str. 59 ein: **Am 27. März 2019**, 19 Uhr.

## Roter Salon

Eine ungezwungene politische Gesprächsrunde für LINKE und Sympathisanten im Bürgerzentrum Bernau, Berliner Straße 17. Nächster Termin: **20. März**, 18 bis 20 Uhr.

## „Neue Klassenpolitik – Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen“

Bernd Riexinger, Vorsitzender der LINKEN, war im Februar zu Gast in Bernau

Von Wolfgang Krafczyk

„Neue Klassenpolitik – Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen“. – So lautet der Titel des Buches von Bernd Riexinger, Vorsitzender der Linkspartei, das er am 13. Februar in Bernau im „Treff 23“ vorstellte. Zunächst unternahm er einen kurzen geschichtlichen Exkurs zum Wandel des Verständnisses von gesellschaftlichen Klassen und deren Kämpfen in der BRD. So dominierte lange Zeit die These von der „Sozialpartnerschaft“ die Vorstellung, dass die Arbeiterklasse in die „Mittelschicht“ integriert sei. Mit dem zunehmenden Einfluss des Neoliberalismus wurde das „Ende der Klassen“ propagiert und die These verbreitet, dass jeder seines eigenen Glückes Schmied sei.

Parallel dazu waren tiefgreifende Veränderungen in der Arbeitswelt zu verzeichnen, konstatierte Riexinger. Die Zahl der klassischen „Industriearbeiter“ verringerte sich drastisch,

viele Produktionsprozesse wurden in die „dritte Welt“ verlagert, die „Angestellten-Arbeit“ wurde „industrialisiert“. Die Produktionsarbeit wurde durch Teilzeit, Leiharbeit, Werkverträge und andere Modelle der Flexibilisierung prekärer, Tarifbindung und der Einfluss der Gewerkschaften nahmen ab.

Bernd Riexinger wertet diese Entwicklung als „Klassenkampf von oben, der in einem Ausmaß die Arbeitsbedingungen und Lebenslagen der Beschäftigten und Erwerbslosen verändert hat, wie es ... lange unvorstellbar war“. 40 Prozent der Beschäftigten verdienen heute unter dem Strich weniger als vor 20 Jahren. Die Kluft in der Bevölkerung sei so groß wie vor dem 1. Weltkrieg.

Die durch die neoliberale Politik angerichtete soziale Verwüstung hat aber die soziale Frage wieder in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen gerückt, ist sich Riexinger sicher. Dabei geht es nicht



Bernd Riexinger im Treff 23. Foto: wk

nur um das eine oder andere „gute“ Gesetz. Die Tarifkämpfe gewinnen an Dynamik, Streiks zielen nicht mehr nur auf höhere Löhne und erreichen neue Teile der Beschäftigten. Der Spaltung zwischen einzelnen Gruppen und Schichten müssen eine linke Partei und die Gewerkschaften eine „verbindende Klassenpolitik“ entgegensetzen.

Riexinger zeigte sich überzeugt, dass zunehmend auch die Eigentumsfrage in das Blickfeld rückt. So mehrten sich z.B. die Forderungen nach Rückübertragung von Wohnungen in die öffentliche Hand. Es komme darauf an, transformative Elemente zu entwickeln, die über die Grenzen des Kapitalismus hinausgehen.

## Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Bitte informieren Sie sich vorab.

### Kreisverband:

**Kreisvorstand:** 13. März, 18 Uhr,

**Links-Eck Eberswalde:** Heegermühler Str. 14, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde@dielinke-barnim.de,

**Bürgerzentrum Bernau:** Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, Mail: bernau@dielinke-barnim.de

**Regionalgruppe Cuba sí:** E-Mail: bernau@cuba-si.org [**solid**]: E-Mail: solid-barnim@web.de

### Wahlkreisbüros der Landtagsabgeordneten:

**Margitta Mächtig:** Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde,

Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de, Mo - Do, 9 bis 16.30 Uhr

**Ralf Christoffers:** Tel.: 03338-7047455; Hussitenstraße 1, 16321 Bernau, Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

### Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:

**Kreistagsfraktion:** Tel.: 03334-236986 E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de; 25. März, 18 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“; Kreistag: 6. März, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

**Eberswalde:** Stadtvorstand im Links-Eck Eberswalde: Öffnungszeit Freitags 14 bis 16 Uhr, Fraktion: Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de, Sitzungen am 11. und 25. März, 18 Uhr Links-Eck; Stadtverordnetenversammlung: 28. März, 18 Uhr, Kreistagssaal, P.-Wunderlich-Haus, Eberswalde

**Bernau bei Berlin:** Stadtvorstand: 1. und 3. Montag, 18 Uhr im Bürgerzentrum Bernau;

Fraktion: Mail: fraktion-bernaubarnim@dielinke-barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251; Sitzung am 20. März, 18 Uhr,

Fraktionsraum, Bürgersprechstunde: 21. März, 15-18 Uhr, Bürgerzentrum, Berliner Straße 17;

Stadtverordnetenversammlung: 11. April, 16 Uhr, Stadthalle Bernau

**Panketal:** Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de, Mitgliederversammlung am 11. März, 19 Uhr, Rathausaal,

Schönower Str. 105; Fraktion: Mail: ac.zill@gmx.de; Sitzung 13. März, 19 Uhr, Rathausaal;

Gemeindevertreterversammlung: 25. März, 19 Uhr, Rathausaal

**Wandlitz:** Ortsverband: Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de, Mitgliederversammlung 26. März, 19

Uhr, Barnimer Hof, Am Markt 9, 16348 Basdorf; Fraktionssitzung 28. März, 19 Uhr, Barnimer Hof, Basdorf; Gemeindevertreterversammlung: 11. April, 19 Uhr Kulturbühne „Goldener Löwe“ Wandlitz

**Werneuchen:** Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de; Ortsverband: 5. April, 19 Uhr, Partykeller am

Bahnhof Werneuchen; Fraktionssitzung: 23. April, 19 Uhr, Partykeller am Bahnhof Werneuchen; Stadtverordnetenversammlung: 4. April, 19 Uhr, Adlersaal Werneuchen

**Ahrensfelde:** Tel.: 0173-2478237, Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de; Ortsverband: 5. April, 19 Uhr, Partykeller am

Bahnhof Werneuchen; Fraktionssitzung: 7. März, 18.30 Uhr, Rathaus Ahrensfelde, Raum 106;

Gemeindevertreterversammlung: 18. März, 19 Uhr, Rathaus Ahrensfelde, Raum 106

**Biesenthal:** Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de; Sitzung 29. März, 18 Uhr, Zur Alten Eiche Biesenthal; Fraktion:

27. März, 18 Uhr, Zur Alten Eiche; Stadtverordnetenversammlung: 28. März 2019, Mensa d. Grundschule „Am Pfefferberg“ Biesenthal, Bahnhofstr. 9-12

**Schorfheide:** Ortsverband: jeden 1. Donnerst./Monat, 18 Uhr, Treff Procurant Finowfurt, Alte Mühle 5a

## Impressum

### Herausgeber:

Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

**Kontakt:** DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22026, Fax: 03334-385489

### E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de

**Redaktion:** Petra Bochow (pb), Berit Christoffers (bc), Birgit Hoplitschek (hop), Klaus Kleinmann (kk), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm), Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian Walter (ViSdP/sw), Bärbel Mierau (bm), Christel Zillmann (cz)

**Druck:** Druckerei Gottschalk

**Auflage:** 21.000

**nächster Redaktionsschluss:**

18. März 2019

**nächster Erscheinungstermin:**

4. April 2019

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingesandter Zuschriften und kann diese Sinn wärend kürzen.

**download:** www.dielinke-barnim.de alle archivierten Zeitungen sind als pdf-Datei vorhanden.

Oder direkt: QR-Code scannen.



## Die Ausnahme ist zur Regel geworden

Barnim: Jede Bedarfsgemeinschaft zahlt 40 Euro zur Miete aus ihren Regelsätzen dazu. LINKE will Moratorium bis zur Erarbeitung einer neuen Richtlinie für die Kosten der Unterkunft.

Von Sebastian Walter

„Richtlinie des Landkreises Barnim zur Bestimmung der Angemessenheit für die Kosten der Unterkunft“ – um die sogenannte KdU-Richtlinie gibt es im Barnim seit kurzer Zeit harte Diskussionen. Betroffen sind 6.821 Bedarfsgemeinschaften, die auf Grundsicherung angewiesen sind. Es entscheidet das Jobcenter oder das Grundsicherungsamt des Landkreises darüber, ob die Wohnung „angemessen“ ist. Das ist vom Gesetzgeber so vorgeschrieben, das Problem dabei ist aber: die Richtlinie ist von 2016 und damit liegen veraltete Mietpreise zu Grunde, die vom Jobcenter oder Grundsicherungsamt finanziert werden.

Bis heute gilt im Barnim ein Mietpreis (kalt) von 5,43 Euro in Ahrensfelde/Blumberg, Bernau, Wandlitz und Panketal als angemessen. In der Stadt Eberswalde beträgt er 4,90 Euro, in der Stadt Werneuchen 4,85 Euro und in allen anderen Kommunen des Landkreises sogar nur vier Euro – zuzüglich 1,30 Euro je Quadratmeter kalte Betriebskosten.

Die Mietpreise sind aber seitdem massiv gestiegen – es gibt kaum noch Wohnungen unter 8 Euro Kaltmiete. Und das führt dazu, dass immer mehr Menschen ihre Wohnung verlassen müssen – oder den fehlenden

Betrag selbst aus dem Regelsatz zahlen. Der ist aber so oder so mit 424 Euro für einen Alleinstehenden seit Januar 2019 schon viel zu knapp kalkuliert.

Durchschnittlich zahlt jede Bedarfsgemeinschaft 40 Euro zu. Das soll eine Ausnahme sein, ist aber mittlerweile zur Regel geworden.

Deshalb beschreiben viele Mieter den Klageweg und erhalten vor dem Sozialgericht Recht. Die Gerichte definieren immer wieder deutlich:

eine einfache Festlegung auf Mietpreise wie im Barnim muss ständig überprüft und nachgewiesen werden – nicht einfach festgelegt. Deshalb sollen sich die Verwaltungen viel mehr an den Wohngeldtabellen orientieren, die jährlich aktualisiert werden.

DIE LINKE sieht hier dringenden Handlungsbedarf. Wir wollen verhindern, dass Menschen regelrecht an den Rand des Landkreises gedrängt werden und ihren angestammten Wohnort verlassen müssen. Die Sicherheit der Wohnung ist



Neu gebaute Wohnungen in Bernau. „Die Stadt bemüht sich um Wohnungsbau in verschiedenen Preissegmenten – wie hier mit dem Neubau an der Schönowener Straße/Ecke Blumenhag“, erläutert Bürgermeister André Stahl (LINKE).

Dennoch steigen die Preise der Kaltmiete weiter, auch viele Familien suchen Wohnraum, den sie in Berlin nicht mehr zu bezahlbaren Konditionen finden. Foto: bc

ein Grundrecht und das muss verteidigt werden. Deshalb haben wir einen Antrag an den Kreistag gestellt, der die Erarbeitung einer neuen Richtlinie vorsieht und bis dahin ein Moratorium erlässt – niemand soll seine Wohnung verlassen müssen.

Der Kreistag hatte bereits auf Antrag der LINKEN die Überarbeitung der KdU-Richtlinie noch in dieser Wahlperiode beschlossen. Diese konnte jedoch aus verschiedenen Gründen nicht durchgeführt werden. Deshalb muss nun eine verbindliche neue Richtlinie erarbeitet werden.

Das Grundproblem aber bleibt: Wir müssen für mehr und kostengünstigen Wohnraum sorgen. Dafür haben wir auch im Barnim ein Konzept. Wir wollen, dass Kommunen ihre Flächen vorrangig an kommunale Wohnungsbaugesellschaften verpachten sollen und müssen alle Mittel nutzen, um Spekulation mit Wohnungen zu verhindern. Da müssen Kommunen, Landkreis und auch das Land an einem Strang ziehen. Denn das Problem betrifft alle Menschen im Barnim – egal ob sie Sozialleistungen beziehen oder nicht.

## Kita in Eberswalder Innenstadt geplant

LINKE: Kita mit Aufenthalts- und Spielbereich mit begrüntem Vorplatz der Synagoge wünschenswert

Von Karin Wagner

Die Johanniter-Unfallhilfe (JUH) hat in Eberswalde das im Stadtzentrum gelegene Gelände der ehemaligen Polizeiwache in der Pfeilstraße käuflich erworben. Für einen Teilbereich der vom Land Brandenburg verkauften Liegenschaft besteht ein Bebauungsplan. Mit diesem Instrument soll eine städtebaulich geordnete Entwicklung dieses Areals erfolgen.

Nunmehr hat der neue Eigentümer die Grundzüge der geplanten Entwicklung in mehreren Veranstaltungen der Öffentlichkeit vorgestellt. Parallel dazu gab es enge Abstimmungen mit dem Stadtentwicklungsamt und den benachbarten Eigentümern. Die derzeitige Bebauung wird komplett abgerissen. Künftig soll neben einer Bebauung mit Wohnungen und Geschäften entlang der Pfeil- und der Gerichtsstraße auch ein Parkhaus entstehen. Im Innenbereich des Areals soll eine Kindertagesstätte

mit Betreuungsplätzen für 80 Kinder errichtet werden. Der KITA-Bereich soll in unmittelbarer Nähe der ehemaligen Synagoge – heute das Denkmal „Wachsen mit Erinnerung“ – entstehen. Dazu gab es laut JUH bereits erste Gespräche und positive Rückäußerungen der Initiatoren dieses Denkmals.

Wunsch der JUH ist es, die beiden städtischen Grundstücke, welche zwischen der Synagoge und dem Verwaltungsgebäude des Landkreises liegen, ebenfalls zu erwerben. Auf diesem Areal soll gemäß der Planung der JUH die Spielfläche für die KITA entstehen.

Aus Sicht der LINKEN ist eine KITA mit einem Aufenthalts- und Spielbereich eine gelungene Kombination mit dem begrünten Vorplatz



Gelände an der Pfeilstraße in Eberswalde: Platz für eine Kita? Foto: kw

der Synagoge. Auf Nachfrage, inwieweit die Stadtverwaltung dieses Vorhaben unterstützt und einen Grundstücksverkauf favorisiert, erhielten wir jedoch eine ausweichende Antwort. Vielmehr wurde der Anschein erweckt, dass eine KITA im Quartiershof überhaupt nicht erwünscht ist. Dabei fehlen der Stadt seit Jahren immer noch viele KITA-Plätze und der Bedarf steigt weiter!

Die LINKE begrüßt das Vorha-

ben der JUH, im Innenstadtbereich eine weitere Kindertagesstätte zu errichten und wird sich weiterhin für die Realisierung der Gesamtmaßnahme einsetzen.

Dazu hat sie einen entsprechenden Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. In diesem regt sie an, die beiden städtischen Grundstücke der JUH über Erbbaurecht für die Kindertagesstätte zur Verfügung zu stellen.

# „Wir wollen einen Sozialstaat“

## Ob Frieden, Bürgerrechte oder Zukunft der Kinder: Die Politik der LINKEN in Brandenburg

Sebastian Walter, Isabelle Czok-Alm und Ralf Christoffers im Interview

**Die Ankündigungen der Rot-Roten-Landesregierung in Brandenburg häufen sich gerade: Kita-beiträge, Straßenausbaubeiträge – sind das Wahlgeschenke?**

**Ralf Christoffers:** Ohne Antrag sollen Empfänger bestimmter Leistungen keine Kita-Beiträge mehr bezahlen. Kurz gefasst: Alle mit einem Familieneinkommen unter 20.000 Euro im Jahr (ohne Kindergeld, Baukindergeld und Eigenheimzulage) sollen befreit werden (*siehe Kasten*).

Die LINKE hatte zur letzten Wahl im Programm, dass sie langfristig beitragsfreie Kitas haben möchte. Vor zwei Jahren wurde das letzte Kitajahr beitragsfrei gestellt. Gibt es ein Umdenken?

**Sebastian Walter:** Für uns ist



die Beitragsfreiheit für Familien mit geringen Einkommen ein weiterer Schritt in Richtung der Beitragsfrei-

heit. Prognostiziert wird eine Entlastung für insgesamt 68.000 Kinder in Brandenburg. So kann es mit uns Schritt für Schritt vorwärts gehen. In der nächsten Wahlperiode könnte es die völlige Beitragsfreiheit geben.

**Isabelle Czok-Alm:** Kitas sind für uns Bildungseinrichtungen, Kinder stehen für uns im Mittelpunkt. Deshalb ist es wichtig, dass mehr Personal eingesetzt wird. Ich kenne das aus meiner Arbeit im Hort: Die Personaldecke ist so eng gestrickt, dass Krankheits- und Ausfallzeiten nicht kompensiert werden können. Es läuft dann nur noch auf Beaufsichtigung hinaus und nicht auf pädagogische Arbeit ...

**Ralf Christoffers ...** deshalb sollen die Kitas ab 1. August eine Pauschale erhalten, wonach pro Kind durchschnittlich 8 Stunden Betreuungszeit angerechnet werden. Daraus ergeben sich landesweit 400 Personalstellen für die Kitas mehr, das Land wird dafür über 20 Millionen Euro pro Jahr mehr ausgeben.

**Aber warum jetzt, so kurz vor der Landtagswahl am 1. September?**

**Ralf Christoffers:** Der Bund hat das zu Grunde liegende „Gute-Ki-

ta-Gesetz“ erst Ende 2018 beschlossen. Die Rot-Rote-Landesregierung in Brandenburg will es so schnell wie möglich umsetzen und hat deshalb die Vorschläge bereits formuliert. Seit Mitte Februar laufen die Verhandlungen mit der Bundesregierung. Brandenburg könnte damit das erste Bundesland sein, das die Verbesserungen für die Kitas umsetzt.

**Anfang Februar erklärte Arbeitsminister Hubertus Heil eine Grundrente von 896 Euro monatlich für möglich. Was halten Sie davon?**

**Isabelle-Czok-Alm:** Wer heute eine niedrige Rente hat, hat oft Anspruch auf Grundsicherung. 28 Prozent der Frauen erhalten eine monatliche Rente unter 750 Euro. Viele

stellen jedoch gar keinen Antrag – denn Grundlage ist eine Bedürftigkeitsprüfung, der man sich aus Scham nicht unterziehen will. Wenn dieser Zustand überwunden werden könnte, wäre das gut.

**Sebastian Walter:** Wenn diese Debatte ernst gemeint ist, könnte sie eine Erneuerung des Sozialstaates bedeuten. Es wäre ein Einstieg in eine Grundsicherung, wie sie die LINKE favorisiert. 896 Euro liegen zwar nur etwas oberhalb des durchschnittlichen Grundsicherungsbedarfs eines Alleinstehenden. Die Frage ist, ob es sich um Symbolpolitik handelt, oder ob diese Vorstellungen tatsächlich umgesetzt werden: Ohne Bedürftigkeitsprüfung, ein Betrag oberhalb der Grundsicherung.

**Ralf Christoffers:** Es geht generell um die Zukunft des Sozialstaates. Destruktiv sind Diskussionen über die Ungerechtigkeiten, die in Einzelfällen auftreten: Einer hat mehr, einer ist bedürftiger, einige weniger bedürftig – es gibt kein Subventionssystem, das nicht ausgenutzt wird, jedoch nur im geringen Umfang von wenigen Pro-

zenten. Deshalb muss man die Frage stellen, ob der Aufwand, den der Sozialstaat gegenwärtig betreibt, um Sozialbetrug festzustellen gesellschaftlich überhaupt gerechtfertigt ist. Was natürlich nicht gemeint ist, ist organisierte Kriminalität – aber das ist dann Aufgabe der Polizei. Ich möchte das Prinzip „Sozialstaat“ – dazu gehört eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung.



**Sozialstaat ist das eine – Freiheitsrechte sind das andere. Hat die LINKE beim Polizeiaufgabengesetz für Brandenburg einen unzumutbaren Plan des Innenministers auf einen akzeptablen Entwurf zurechtgestutzt? Oder hätte sie prinzipiell dagegen sein sollen?**

**Sebastian Walter:** Im Koalitionsvertrag haben SPD und LINKE 2014 vereinbart, dass das Polizeiaufgabengesetz überarbeitet wird. Grund war eine veränderte Sicherheitslage – aber das Wichtigste: Wir wollten erreichen, dass mehr Polizei durch Präsenz „auf den Straßen“ das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger verbessert; und dass die Polizei dazu über eine ordentliche Ausstattung verfügt. Die Polizeinovelle, mit der ursprünglich noch mehr Personal abgebaut worden wäre, wurde gestoppt. Heute hat Brandenburg soviel Polizisten wie noch nie.

Dann legte der SPD-Innenminister einen Gesetzentwurf für das neue Polizeiaufgabengesetz vor – und der war mit unseren Vorstellungen gar nicht vereinbar. Mehr Sicherheit ja – aber die Freiheit der Grundrechte darf nicht geopfert werden. Es gab dann eine Anhörung im Landtag, dort bestätigten sich sämtliche Kritikpunkte, die DIE LINKE bis dahin ebenfalls in die Diskussion mit der SPD eingebracht hatte.

**Ralf Christoffers:** Seitdem das

### Kita: Entlastung für Eltern mit geringem Einkommen

Über das „Gute-Kita-Gesetz“ stellt die Bundesregierung den Ländern Geld zur Verfügung, das im weitesten Sinne in Kitas fließen soll. Die SPD-LINKE-Regierung hat in Brandenburg dafür ein Paket geschnürt, das vor allem Eltern mit geringem Einkommen entlasten soll. Im Jahr 2019 erhält Brandenburg 14,8 Millionen Euro (ab August), im Jahr 2020 29,8 Millionen Euro. Diese sollen hauptsächlich ausgegeben werden für:

**Elternbeitragsfreiheit für Familien, deren Nettoeinkommen unter 20.000 Euro im Jahr** (rund 1.700 Euro im Monat) liegt (ohne Kindergeld, Baukindergeld und Eigenheimzulage). Darin eingeschlossen sind alle Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, Wohngeld, Kinderzuschlägen zum Kindergeld und dem Asylbewerberleistungsgesetz. Um den Verwaltungsaufwand gering zu halten, soll keine Antragstellung erforderlich sein.

**Verlängerte Betreuungszeiten:** Dazu soll bei Bedarf pro Kind eine Pauschale für die tägliche Betreuung von 8 Stunden gezahlt werden. Bisher ist der Ansatz geringer. Damit kann der Personalschlüssel erhöht werden, rund 400 Beschäftigte können landesweit mehr eingestellt werden.

**Fachkräftegewinnung:** Es soll mehr Zeit für „Anleitung“ sein, die Anleitungsstunden sollen von 1 auf 3 Wochenstunden pro Erzieher/in im Quer- und Seiteneinstieg verdreifacht werden.

**Elternbeteiligung:** Verbindliche Regelungen zur Bildung von Kita-Elternbeiräten in Kreisen und kreisfreien Städten sowie der Aufbau von Kontakt- und Beratungsstellen.

Dazu müssen das Kita-Gesetz und eine Reihe von Rechtsverordnungen geändert werden.

## Wahl am 1. September: Diese drei Barnimer LINKEN treten für den Landtag an:

vlnr: **Sebastian Walter**,  
Direktkandidat im Wahlkreis 13:  
Eberswalde Joachimsthal,  
Schorfheide

**Ralf Christoffers**,  
Direktkandidat im Wahlkreis 14:  
Bernau, Panketal

**Isabelle Czok-Alm**,  
Direktkandidatin im Wahlkreis 15:  
Ahrensfelde, Biesenthal-Barnim,  
Britz-Chorin-Oderberg, Wandlitz,  
Werneuchen



bayrische Polizeigesetz scharf kritisiert wurde, geistert immer wieder vor allem durch soziale Medien die Behauptung, dass das brandenburgische Polizeigesetz ähnlich scharf sei. Beide sind aber überhaupt nicht vergleichbar. Im Gegenteil. Der Entwurf für das Brandenburger Gesetz ist politisch ein Gegenstück zum bayrischen Polizeigesetz. Weder Online-Durchsuchungen noch „Fußfesseln“ – also Punkte, gegen die auch Klagen gegen das bayrische Polizeigesetz laufen, sind im Brandenburger Entwurf enthalten. Derartige Punkte haben wir als LINKE in den Debatten im Landtag verhindert.

Oder zur „Schleierfahndung“: Sie beruht auf einem besonderen Punkt des Einigungsvertrages, in dem bereits seit der Deutschen Einheit eine „30-Kilometer-Zone“ an der Grenze zu Polen eingerichtet ist. Mit dem deutsch-polnischen Polizeiabkommen vom letzten Jahr hat die Bundesregierung die Möglichkeit eröffnet, in ganz Brandenburg eine derartige Fahndung durchzuführen. Die LINKE hat es geschafft, diese Möglichkeit im Entwurf des Polizeigesetzes anlassbezogen auf Bundesautobahnen und Bundesstraßen zu begrenzen.

**Sebastian Walter:** ... und dann ist da noch die so genannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung des Brandenburger Gesetzes ist diese Möglichkeit nur auf den Verdacht einer Terrorismus-Gefahr begrenzt worden. In keinem weiteren Fall war

sie im Entwurf vorgesehen. Bei der Anhörung im Landtag gab es eine Reihe von rechtlichen Bedenken dagegen – selbst bei Eingrenzung auf Terrorismus. Diese Argumente werden gegenwärtig auch von der LINKEN geprüft. Sollten sich die rechtlichen Bedenken bestätigen, wird die LINKE nicht für ein Gesetz stimmen, das die Quellen-Telekommunikationsüberwachung auch nur eingeschränkt auf den Bereich „Terrorismus“ beinhaltet. Und die so genannten „Staatstrojaner“ sind weder praktisch noch inhaltlich durchsetzbar: Das sind Programme zur Überwachung der Telekommunikation auf elektronischen Endgeräten wie Handys oder PC's.

**Verkennen DIE LINKE oder Teile der LINKEN die Gefährdungslage in Brandenburg? Rechte Kreise warnen vor organisierter Banden-kriminalität im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Braucht Brandenburg deshalb ein neues Gesetz zur Gefahrenabwehr schon im Vorfeld?**

**Isabelle Czok-Alm:** Ich habe selber Übergriffe auf meinem ehemaligen Hof in Mecklenburg erlebt: Die Gefährdung kommt nicht nur von außen, sondern auch von Menschen, die andere Auffassungen nicht tolerieren können – und für die Gewalt der einzige Ausweg ist.

**Ralf Christoffers:** „Wir werden uns unsere Freiheit nicht nehmen lassen – aber wir sind nicht naiv“, das sagte der norwegische Ministerpräsident nach dem Anschlag des

Rechtsterroristen Breivik. Das ist auch DIE LINKE in Brandenburg nicht. Eine neue Sicherheitsarchitektur muss darauf reagieren – aber nicht in der Form, dass Grund- und Freiheitsrechte wesentlich eingeschränkt werden.

**Hat das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger auch mit der Internationalen Lage zu tun? Die Welt wirkt unsicher ...**

**Isabelle Czok-Alm:** Wir haben uns an den Frieden gewöhnt – seit fast 75 Jahren leben wir ohne direkte Kriegserfahrungen im eigenen Land. Der Krieg ist so weit weg – und doch oft näher als wir denken. Es gab die Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo in den 1990-ern in Deutschland und die aus Syrien in den letzten Jahren. Deutschland hat einen Anteil an Kriegen und der daraus resultierenden Flucht: Mit Rüstungsexporten unterstützen wir die Kriegsparteien weltweit. Dadurch verursachen wir Flucht und zündeln in den Krisenherden der Welt. Wir müssen die Friedensbewegung wieder mobilisieren,

brauchen die Solidarität untereinander. Für mich war die konsequente Antikriegshaltung der LINKEN ein Grund, wieder einzutreten. Ich möchte in Frieden leben – und wünsche es mir für alle anderen Menschen ganz genauso.

**Sebastian Walter:** Die LINKE war immer Teil jeglicher Friedensbewegung. Aber die ist de facto nicht mehr vorhanden. Statt dessen gibt die Bundesregierung jährlich 25 Milliarden Euro für Rüstungsausgaben aus, Verteidigungsministerin von der Leyen und Kanzlerin Merkel werfen locker zwei Prozent des Bundeshaushaltes als Rüstungsausgaben in den Ring. Wir müssen als LINKE dagegen halten: Deutschland muss als Friedensmacht seinen Bündnisverpflichtungen nachkommen. US-Präsident Donald Trump stellt die NATO in Frage – dem muss eine europäische Sicherheitspolitik entgegen gestellt werden. Das ist eine neue Situation für Europa, eröffnet aber auch die Chance, die Gesprächsfäden zur Russland nicht abreißen zu lassen.

### Brandenburger Polizeiaufgabengesetz

In Brandenburg muss ein neues Polizeiaufgabengesetz erarbeitet werden, weil es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Bundeskriminalamt gibt, das die Rechte der Polizeipräsidenten einschränkt.

Daraus entstand eine Sicherheitsdebatte, in der die unterschiedlichen politischen Positionen zum Verhältnis von Freiheits- und Bürgerrechten zur Gewährleistung von Sicherheit aufeinander prallen.

Die Diskussionen dazu finden seit 2 Jahren statt. Soll in dieser Legislaturperiode noch das Polizeiaufgabengesetz verändert werden, muss es im April im Landtag behandelt werden. Ob es bis dahin zur einer politischen Einigung kommt, ist zurzeit noch ungewiss. (Texte und Fotos: bc)

# Bedingungsloses Grundeinkommen für alle – wie geht das?

29. Panketaler Gespräch im Dezember 2018: Zu Gast: Ronald Blaschke, Mitbegründer der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen bei der LINKEN

Von Ines Pukall

Schon im Vorfeld des Panketaler Gespräches im Dezember gab es heftige Diskussionen unter den LINKEN: Das Thema „Grundeinkommen“ wird stark polarisiert.

Ronald Blaschke, der sich seit 18 Jahren intensiv mit dem bedingungslosen Grundeinkommen beschäftigt, kontierte schlagfertig, mit genauestem Fachwissen zu Marx, der langen Geschichte und den unterschiedlichen theoretischen Grundlagen des bedingungslosen Grundeinkommens. Ja, es klingt utopisch, ja es ist noch nicht greifbar und es stimmt, wir haben viele offene Fragen: Wer geht dann noch arbeiten? Wie soll das Ganze finanziert werden?

Ronald Blaschke begann mit einer Fragerunde: Wie viel Geld brauchen Sie persönlich, um ein abgesichertes Leben – ohne Luxus, aber schon mit Kultur und mal einem Restaurantbesuch – führen zu können? Im Durchschnitt waren es bei den Anwesenden zwischen 1.200 und 1.300 Euro.

Danach sollte man sich vorstellen, man hätte genau diese 1.200 – 1.300 Euro bis an sein Lebensende Monat für Monat zur Verfügung. Er fragte nun, was man dann in seinem Leben verändern würde. Als Antworten kamen: mehr Kultur, mehr ehrenamtliche Tätigkeit, mehr Spenden, mehr Weiterbildung, größere Urlaubsreisen, sich ausprobieren oder das Risiko einer Start-up-Gründung eingehen. Einfach: mehr Freizeit und weniger abhängige Lohnarbeit.

Nun sind wir schon bei einer der Schlüsselfragen: Wer geht dann noch arbeiten? Niemand in der Runde hat geantwortet, dass er gar nicht mehr arbeiten gehen würde. Höchstens ein paar Stunden weniger in der Woche, interessant oder?

## Es hat eine Geschichte

Das bedingungslose Grundeinkommen schlug erstmals Thomas Spence vor: 1796, im Rahmen der Vergemeinschaftung des Grundbesitzes. Mitte des 19. Jahrhunderts propagierten Charles Fourier und seine Schüler das partielle Grundeinkommen, verbunden mit grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen. Zu den Befürwortern zählten Erich Fromm, Martin Luther King, Milton Friedman – Vertreter ganz unterschiedlicher Weltanschauungen.

## Hartz IV – Grundsicherung mit Bedingungen

Wir sind alle Menschen und haben das Recht, frei über unser eigenes Leben zu verfügen. Wir sind bunt und vielschichtig: Es gibt fleißige und faule, sich ehrenamtlich engagierende oder ehrgeizige, es gibt ängstliche und risikobereite Menschen. Das Grundgesetz sagt, dass niemand zu einer Arbeit gezwungen werden darf. Aber was macht Hartz IV? Es wird definiert, dass einer erwerbsfähigen Person grundsätzlich jede Arbeit zumutbar ist. Im schlimmsten Fall drohen Sanktionen. Hartz IV bedeutet eine Grundsicherung von aktuell 424 Euro plus Miete, der Bundesdurchschnitt für die monatliche Gesamtleistung liegt bei 789 Euro für Alleinstehende. Zum Vergleich: die Pfändungsfreigrenze liegt bei 1.139 Euro, die Armutrisikogrenze bei 1.180 Euro. Viele Menschen, die Anspruch auf Sozialleistungen hätten, gehen aus Scham oder Angst, ihr Erspartes zu verlieren, nicht zum Amt. Untersuchungen sprechen von 34 bis 68 Prozent Nichtinanspruchnahme. Auch die Ungerechtigkeit „Bedarfsgemeinschaft“ muss genannt werden. Hartz IV verstößt gegen Grundrechte, schließt Teilhabe aus und ist somit als Grundsicherung ungeeignet. Hartz IV muss weg – das sagt DIE LINKE schon von Anfang an. Ihr Modell zum bedingungslosen Grundeinkommen bietet zu Hartz IV eine Alternative: Absicherung der Existenz, Teilhabe und das bedingungslos und für alle – ohne Arbeitszwang, kumulierbar mit anderen Einkünften und ohne Bedürftigkeitsprüfung.

## Finanzierung

Wie soll das bedingungslose Grundeinkommen finanziert werden? Stichwort: Bürgerversicherung. Es käme eine Menge Geld in die Kassen, wenn endlich jeder in die gesetzliche Sozialversicherung einzahlt und zwar für sein komplettes Gehalt.

Stichwort: Steuererhöhungen bei den höheren Einkommen. Im Modell der LINKEN würde das bedingungslose Grundeinkommen für alle mit einem Bruttoeinkommen bis 7.000 Euro im Monat ein Gewinn sein. Wer darüber liegt, hätte höhere Abzüge als heute.

Gebührenfreiheit für öffentliche Verkehrsmittel, Bildung, Zugang zu

Kultur und Internet sind im Modell des bedingungslosen Grundeinkommens als nichtmonetäre Bestandteile vorgesehen. Das Modell erläutert auch eine mögliche schrittweise Einführung des Grundeinkommens als Kinder- und Jugendeinkommen, Bildungsgeld für Studierende, sanktionsfreie, armutsfeste, individuell garantierte Mindestsicherung für Erwerbslose/Erwerbsgeminderte, Grundeinkommen für Erwerbstätige bei Arbeitszeitverkürzung (z.B. sabbatical) oder als Grundrente.

## Jede Arbeit wird geschätzt

Das Thema Grundeinkommen ist unglaublich komplex. Es gibt Modellversuche, z.B. in Namibia, aber auch in Deutschland als Privatinitiative ([www.mein-grundeinkommen.de](http://www.mein-grundeinkommen.de)). Menschen, die das bedingungslose Grundeinkommen getestet haben, berichten durchweg positiv. Sie befreien sich von Zwängen, von prekärer Arbeit, finanziellen Abhängigkeiten in unglücklichen Partnerschaften. Sie fühlen sich wertgeschätzt und treten selbstbewusster auf. Sie arbeiten weiter. Vielleicht arbeiten sie ein bisschen weniger in abhängiger Lohnarbeit.

Das bedingungslose Grundeinkommen würdigt jedes Individuum und jede Arbeit: Erziehung der Kinder, Versorgen des Haushalts, ehrenamtliche Tätigkeit, Schule, Ausbildung, Studium, Weiterbildung. Es trägt zu Chancengleichheit, ökonomischer Unabhängigkeit und der Aufwertung „frauentypischer“ Berufe bei. Es klingt wie ein Traum,

eine Vision. Aber war es nicht vor 120 Jahren auch völlig unvorstellbar, dass Frauen wählen gehen dürfen?

Das Schlusswort bekommt Katja Kipping, Bundesvorsitzende der LINKEN, die sich seit langem für ein bedingungsloses Grundeinkommen engagiert: „Was es in der Realität gibt, ist das Gegenmodell zum Grundeinkommen: ... Hartz IV. Wir können also zumindest empirisch überprüfen, was passiert, wenn nicht das Grundeinkommen, sondern sein Gegenpart realisiert ist. Beispielsweise hat die Erpressbarkeit der Beschäftigten zugenommen. Unbezahlte Überstunden und Lohnreduzierungen wurden verstärkt akzeptiert ... Diese Erfahrungen zeigen, wie recht Marx mit der Einschätzung hatte, dass das Erpressungspotenzial der Reservearmee der Erwerbslosen den Unternehmen beim Lohndumping in die Hände spielt. Ausgegrenzte Gruppen wirken als Warnsignal an die Mehrheit: Seht, so könnte es euch auch ergehen. Die konsequenteste Antwort auf die Unsicherheit der Prekarität und den Wandel der Arbeitswelt ist das bedingungslose Grundeinkommen.“

## Quelle und weitere Informationen unter:

[www.ronald-blaschke.de](http://www.ronald-blaschke.de)

## Buchtipps:

„Was würdest Du tun? Wie uns das Bedingungslose Grundeinkommen verändert – Antworten aus der Praxis“ von Michael Bohmeyer und Claudia Cornelsen (Autor\*innen)



## Die Gegenwart ist die neue Zukunft



Zukunft hin oder her: Ordnung muss sein. Der Dieseltriebzug bekam Vorfahrt auf der Strecke von Basdorf über Schönerlinde und Karow bis Berlin-Gesundbrunnen. Ab 2022 soll der Brennstoffzellen-Zug auf der 1961 eingestellten Stammstrecke der Heidekrautbahn rollen.

Von Klaus Kleinmann

**Die OFFENEN WORTE berichteten in der Februar-Ausgabe über den geplanten Einsatz des Brennstoffzellen-Zuges bei der NEB. Jetzt waren wir für unsere Leser bereits damit auf Achse.**

Der Morgen des 11. Februar 2019 präsentiert sich nasskalt und unfreundlich. Ein trüber Tag beginnt, am liebsten möchte man ihn gleich in den Keller stellen – wenn sich da nicht am Bahnhof in Basdorf ein ganz besonderes Ereignis angekündigt hätte: Die Präsentationsfahrt des Wasserstoff-Brennstoffzellenzuges Coradia iLint, der in den kommenden Jahren von der NEB auf der Strecke der ehemaligen Heidekrautbahn eingesetzt werden soll.

Entsprechend ist der Bahnsteig voll von Prominenz und Presseleuten, denn niemand, der etwas zu sagen, zu schreiben oder zu senden hat, möchte sich dieses Ereignis entgehen

lassen. Zwei Minister aus dem Brandenburger Landtag sind am Start, die Landräte der Kreise Barnim und Oberhavel, die Bürgermeisterin von Wandlitz, der Vorstand der NEB, ein hoher Vertreter der Firma Alstom, das Fernsehen mit großem Tamtam und jede Menge Journalisten. Die OW dürfen da nicht fehlen.

Die unausweichlichen Reden werden erfreulich kurz gehalten. Alle sind natürlich des Lobes voll, sprechen von Meilensteinen des Umweltschutzes, der Emissionsfreiheit, der Umweltfreundlichkeit und Nachhaltigkeit, der Sparsamkeit und geringen Lärmbelastung für Anwohner, der Zukunftstauglichkeit, von unternehmerischem und politischem Weitblick, von Verantwortungsbewusstsein und Entscheidungsbereitschaft. Bei solchen Anlässen wird gerne mit großen Worten leeres Stroh gedroschen, doch hier hat man den Eindruck, dass bei aller Medienwirksamkeit auch echte Überzeugung

und Begeisterung mitschwingt. Alle sind stolz auf das Projekt.

Aber wo bleibt nur der Zug?

Man reckt erwartungsvoll den Hals, als sich ganz da hinten auf den Gleisen etwas bewegt: Der Coradia iLint schält sich als stahlblauer Farbtupfer aus dem grauen Einerlei heraus und gleitet majestätisch langsam hinter einer Kurve hervor. Als wollte er die gute alte Dampflok grüßen, stößt er über dem Dach ein weißes Wölkchen aus – Wasserdampf ist alles, was der Brennstoffzellen-Zug an Emissionen hinterlässt.

Schick sieht er aus, modern, aber doch unspektakulär. Ein ganz normaler Triebwerkzeug eben, kein Raumschiff aus jenseitigen Welten. Beim Einsteigen entsteht der gleiche Eindruck: Funktionelles, modernes Design des Innenraums, aber nichts Extravaganter oder Futuristisches. Beim Anfahren jault der Antrieb einen Moment lang, dann hört man nichts mehr, nur die Räder rattern

OW-Reporter Birgit Hoplitschek und Klaus Kleinmann unterwegs mit dem Brennstoffzellen-Zug der NEB



Die rasenden und zeitweise wasserstoffgetriebenen Reporter der OW vor dem Brennstoffzellen-Zug Coradia iLint. Fotos: K. Kleinmann, I. Schless.

auf den Schienen, genau wie immer. Deswegen nimmt man die viel gepriesene Lautlosigkeit des Zuges zunächst nicht richtig wahr, aber dafür kann der Antrieb ja nichts. Als die Fahrt bei Karow ein Stückweit die Neubaugleise des VBB benutzt, bekommt man tatsächlich das Gefühl des Gleitens.

Was aber vor allem ins Auge springt, ist der Eindruck der gediegenen, unspektakulären Normalität, zumal der Zug, der hier für die Sonderfahrt zum Einsatz kommt, üblicherweise zwischen Buxtehude und Cuxhaven den tagtäglichen Liniendienst versieht. Die dortigen Verkehrsbetriebe haben den Coradia iLint nämlich schon, und alle sind sehr zufrieden damit. Es gibt auch wirklich nichts zu meckern, und damit steht fest: Die Gegenwart ist die neue Zukunft. Warum rollen wir eigentlich nicht schon lange emissionsfrei? Gebt Wasserstoff!

Die LINKE wünscht: Gute Fahrt.

## Warum verkauft Eberswalde sein Tafelsilber?

LINKE: Erbbaupacht statt Grundstücksverkauf

Von Karin Wagner

Bauland ist gefragt, Grundstückspreise steigen – auch in Eberswalde. Im Gegensatz zu anderen Kommunen, verfügt die Stadt jedoch über diverse Liegenschaften, die noch entwickelt werden können.

Die derzeitigen Aktivitäten der Stadt zielen auf die Schaffung von Eigenheimstandorten. Neben dem Verkauf einzelner Baugrundstücke hat die Stadt diverse Areale mittels Bebauungsplänen entwickelt und mit städtischen Geldern selbst erschlossen. Diese Baugrundstücke wurden danach ausgeschrieben und meistbietend verkauft. Im Ergebnis konnten gute Gewinne für den Stadthaushalt verbucht werden.

Diese Vorgehensweise erzeugte erhebliche Preissteigerungen bei den Bodenpreisen. Außerdem führt diese Praxis dazu, dass nur noch finanziell sehr leistungsstarke Käufer ein Baugrundstück erwerben können.

Die LINKE will dieser Entwicklung entgegen wirken. In Zeiten hoher Steuereinnahmen darf und muss die Stadt ihr Vermögen nicht verkaufen! Als Ausweg favorisieren wir statt der Grundstücksverkäufe den vorrangigen Abschluss von Erbbaupachtverträgen. Es ist an der Zeit, eine Wende in der städtischen Liegenschaftspolitik einzufordern.

Erbbauzins sichert langfristig regelmäßige Einnahmen für den Kommunalhaushalt. Das sind wir den folgenden Generationen schuldig.

## Wieviel kostenfreie Fahrten sind für Schüler möglich?

LINKE will Entlastung beim Schülerverkehr

Von Lutz Kupitz

Auf dem kommenden März-Kreistag will die LINKE die Kreisverwaltung beauftragen, Varianten für eine Überarbeitung der Schülerbeförderungssatzung und deren Auswirkungen auf zukünftige Haushaltsplanungen des Landkreises vorzulegen. Die untersuchten Varianten und die daraus resultierenden Konsequenzen sind dem Kreistag in Vorbereitung des Haushaltes 2020 zur Entscheidung vorzulegen. Ziel ist, die Schülerinnen und Schüler und damit auch die Familien weiter finanziell zu entlasten. Um eine auch für den Kreis finanziell machbare Variante zu finden, sollen drei Varianten untersucht werden:

1. Die Nutzung des ÖPNV für Schülerinnen und Schüler ist im Gebiet des Landkreises kostenlos. Einzige Voraussetzung ist die Vorlage eines gültigen Schülerausweises.

2. Der Schülerverkehr wird unter den bisher geltenden Bedingungen beitragsfrei – aber die derzeit geltenden Entfernungspauschalen werden generell abgeschafft.

3. Die in der derzeitigen Schülerbeförderungssatzung geltenden Entfernungsgrenzen werden so überarbeitet, dass die Entfernungspauschale für den Besuch von Grundschulen entfällt und dass für den Besuch der weiterführenden Schulen eine Halbierung der Pauschalen erfolgt.

## Frauen- geschichte(n)

**Gunta Stözl**

Februar



Von Gisela Zimmermann

Gunta Stözl wurde am 05.03.1897 in München geboren. Nachdem sie die Höhere Töchterschule besucht hatte, begann sie eine Ausbildung an der Kunstgewerbeschule in München. 1919 wurde sie als Weberin und Textildesignerin am Bauhaus in Weimar aufgenommen. Nachdem sie 1922/1923 die Gesellenprüfung abgelegt hatte, beteiligte sie sich zusammen mit anderen Studentinnen an der Gründung der Frauenklasse. An der Fachschule für Textil-Industrie in Krefeld studierte sie Färbungs- und Produktionsmethoden, richtete in der Nähe von Zürich die Ontos-Werkstätten für Handweberei ein und kam 1925 zum Bauhaus Dessau zurück. Sie wurde Werkmeisterin der Webereiwerkstatt, die sie ab 1927 als verantwortliche Jungmeisterin leitete.

Im August 1929 heiratete sie den Architekten Arieh Sharon, im Oktober 1929 wurde ihre Tochter Yael geboren. Mit ihrer Heirat hatte sie die deutsche Staatsbürgerschaft verloren und als es 1931 zu politischen und internen Konflikten am Bauhaus kam, kündigte sie und ging in die Schweiz. Nach ihrem Weggang wurde sie als „die bedeutendste Weberin, die den Weg der Weberei vom bildhaften Einzelstück zum modernen Industrieentwurf mit vollzog und mit beeinflusste“ bezeichnet.

In Zürich gründete sie mit zwei anderen Bauhaus-Absolventen eine Handweberei. 1936 wurde ihre Ehe mit Sharon geschieden. Ab 1937 führte Stözl die Webereiwerkstatt allein weiter, 1939 beteiligte sie sich an der Schweizer Nationalausstellung.

Nach ihrer Heirat mit dem Schriftsteller und Journalisten Willy Stadler 1942 wurde sie Schweizer Staatsbürgerin. Ihre Tochter Monika wurde ein Jahr später geboren. In den 1950er Jahren produzierte sie Gobelins und auch nach der Schließung der Handweberei 1967 wirkte sie weiter als Textilkünstlerin. Sie starb am 22.04.1983 in der Schweiz.

## Bücher, Bücher, Bücher



Die Bernauer Buchhandlung „Schatzinsel“ lädt ein und stellt vor

### Lyrik, die berührt

Wir laden ein, die Gedanken schweifen zu lassen, zu träumen und das Leben neu zu entdecken: Peggy Langhans liest am **8. Mai** aus dem Buch „Wortgeschenke“. 28 Künstlerinnen und Künstler mehrerer Generationen haben mit ihren Gedichten und Versen ein wunderbares Buch geschaffen. Die Sammlung enthält über 100 Gedichte, die die Gefühle, Empfindungen und Erinnerungen der Autoren zum Erlebnis für den Leser lassen werden. Mehr als 170 stimmungsvolle Fotos und Gemälde runden die Stimmung ab und laden den Betrachter zum Nachdenken über das Leben ein. Erschienen ist das Buch im Andrea-Schröder-Ver-

lag, erhältlich in der Buchhandlung Schatzinsel.

**Beginn:** 19.30 Uhr; **Eintritt:** 7 Euro  
**Veranstaltungsort:** Buchhandlung Schatzinsel, Alte Goethestraße 2c, Bernau, Kartenvorverkauf unter: 03338/761991.

Foto: Christian Raban



Peggy  
Langhans

### Buch-Tipp

Von Buchhändlerin Sylvia Pyrlík

Germain ist ein Bär von Mann und nicht der Schlauste. Als er im Park eine reizende alte Dame kennenlernt, wird sein Leben auf den Kopf gestellt. Denn die feinsinnige Margueritte beschließt, den ungebildeten Hünen für die Welt der Bücher zu gewinnen. „Eine zarte Liebesgeschichte über das Leben, die Freundschaft und eine Huldigung ans Lesen. Man möchte die Autorin dafür umarmen!“



**Lösungswort dieser Ausgabe:** die grau unterlegten Felder benennen – in der richtigen Reihenfolge gelesen – ein wichtiges Datum im März; **bis zum 20. März 2019** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de); **Preis dieser Ausgabe:** Ein Jahresabo des „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. **Gewinnerin** der Februar-Ausgabe: I. Kobischke, Panketal

**Waagrecht:** 1. Pastasorte, 6. südostasiat. Grillgericht, 9. dt. Spielkarte, 11. Ausweglosigkeit, 12. Baustein der Elemente, 13. Grundstücksübersicht, 15. Festkleidung, 16. Waschmittel, 18. indones. Insel d. Molukken, 19. Gattung d. Blattschneideameisen, 21. Weberkamm, 24. röm. Schutzgott, 26. Eichmaß, 27. Lebenshauch, 30. engl.: Ende, 31. span.: Licht, 32. Altersversorgung, 33. tatsächl. Bestand, 34. Opernlied, 35. öffentl.-rechtl. europ. Rundfunksender, 37. längster Fluss d. Schweiz, 39. jüngster Sohn Noahs, 40. Fischfett, 42. Wasserstaeinrichtung, 44. Nordwesteuropäerin, 45. franz.: Insel, 46. Tafelbild, 47. engl.: Alter, 48. Internet d. Dinge, engl., Abk., 50. Vortrag, 52. Fahrzeugunterstellung, 53. niederländ.: eins, 55. franz. Gemeinde in der Bretagne, 58. Kultureinrichtung, 60. NASA-Raumfahrtprogramm, 63. Baumwollgewebe, 64. Backmasse, 65. Schifffahrtsunternehmen, 66. Holzsplitter, 67. Bodenbearbeitungsgerät, 68. Pflanzenart, 69. Anrede, 70. Großstadt in Bayern

**Senkrecht:** 1. arab. Asket, 2. Nagetier, 3. dt. Journalist (geb. 1946), 4. vertontes Gedicht, 5. engl.: Fehler, 6. Wassersportart, 7. Berufsgewand, 8. Haushaltsplan, 9. Einnahmen d. Unternehmen, 10. Musikverzierung, 14. Gezeit, 17. Fruchtbringungszeit, 20. preisintensiv, 22. Nebenfluss d. Rhone, 23. Rinderhack, 25. Kibbuz

### Preisrätsel

in Nordisrael, 28. engl.: Tee, 29. kleinblütige Pflanzenart, 30. Volksgruppe, 31. Flüssigkeitsmaß, 35. Schiffszubehör, 36. Bitterlimonade, 38. Stern im Orion, 41. engl.: Hilfe, 42. Stadt an der Müritz, 43. kleines Haustier, 47. Enthaltbarkeit, 49. asiat. Wildesel, 51. altdt. Längenmaß, 53. Flachland, 54. Anteilnahme, 56. dt. Widerstandskämpfer (1903-1944), 57. Außerirdischer, 59. US-Bundesstaat, 61. inhaltslos, 62. poln. Name d. Oder

